

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2023

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 1

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Energiewende : Lindner sieht in Kernkraft-Comeback keine "realistische Vorstellung"

15. April 2023, Quelle: ZEIT ONLINE

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sieht mit dem Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke am Samstag das endgültige Aus der Atomkraft in Deutschland nach mehr als 60 Jahren gekommen. Ein Comeback der Kernkraft irgendwann in der Zukunft halte er "nicht für eine realistische Vorstellung", sagte Lindner am Freitag. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bekräftigte unterdessen seine Forderung, eine Rückkehr zur Nutzung der Kernenergie zu prüfen.

Lindner wünscht sich nach eigener Aussage, die am Samstag vom Netz gehenden drei Kernkraftwerke in der Reserve zu belassen – anstatt sie zurückzubauen. Deutschland sollte sich darüber hinaus "die Möglichkeit der Kernfusion offenhalten, hier forschen und auch Anwendungen ermöglichen", sagte Lindner. In seiner Partei, aber auch in der Union und der Wirtschaft gibt es harsche Kritik an der Abschaltung der drei verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland.

Bayerns Ministerpräsident Söder begründete seine Ansicht, es werde eine Neuauflage der Kernenergie geben, damit, dass Deutschland in einer "neuen Zeit" lebe. Es sei nicht möglich, mit den "Narrativen und Ideologien der Achtzigerjahre" die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts zu meistern. "Wir brauchen jedes Fitzelchen¹ Energie", sagte Söder. Er warf den Grünen vor, Deutschland in "ideologische Geiselhaft²" zu zwingen. Das Land könne deshalb nicht "bereit sein, die Chancen auf unsere Zukunft aufzugeben". Der bayerische Ministerpräsident kritisierte den Atomausstieg als unverantwortlich. Stattdessen forderte er erneut eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten, und zwar ab dem kommenden Winter oder nach der nächsten Bundestagswahl. Auf Kernenergie zu verzichten und auf Kohle zu setzen, sei Doppelmoral.

Der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hält das Abschalten der verbliebenen drei Atommeiler an diesem Samstag für einen historischen Moment: "Die Geschichte der Atomkraft in Deutschland ist beendet. Der endgültige Atomausstieg ist richtig und notwendig." Forderungen danach, die verbliebenen Kernkraftwerke länger laufen zu lassen oder in Reserve zu halten, wies der Grünenpolitiker zurück. "Wer Laufzeiten verlängern will, der will, dass wir uns erneut in Abhängigkeit von Russland begeben. Uran müssen wir aus Russland beziehen", sagte Trittin. Die Kraftwerke in Reserve zu halten, bezeichnete Trittin als "politischen und wirtschaftlichen Pfusch³". "Das würde den Steuerzahler Milliarden kosten, die Christian Lindner angeblich nicht hat. Hat er sie doch, dann gehören sie in die Bekämpfung der Kinderarmut", sagte er mit Blick auf entsprechende Forderungen aus der FDP.

Trittin hat auch mehr Tempo bei der Suche nach einem Endlager für Atom Müll in Deutschland gefordert. "Die Standortsuche muss schneller gehen. Hier wäre Planungsbeschleunigung wirklich angebracht", sagte er. Das Thema Atom Müll zeige, wie unverantwortlich der Einstieg in die Atomenergie gewesen sei, fügte der Grünenpolitiker hinzu.

¹ Das Fitzelchen : le petit bout

² Die Geisel (n) : l'otage

³ Der Pfusch = der Unsinn

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2023

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 2

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Peking verbittet¹ sich „Einmischung“ des Bundeskanzlers

3. November 2022- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Die chinesische Regierung hat Bundeskanzler Olaf Scholz vor seinem Besuch eine „pragmatische Zusammenarbeit“ angeboten. Ein Sprecher des Außenministeriums wies am Donnerstag gleichzeitig Versuche der „Einmischung“ in der Frage der Lage der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang zurück. In Deutschland sah sich Scholz wegen seiner China-Reise unterdessen weiter in der Kritik.

„Wir sind Partner, nicht Rivalen“, sagte Außenamtssprecher Zhao Lijian in Peking über das Verhältnis zu Deutschland. Die Zusammenarbeit der vergangenen Jahrzehnte habe gezeigt, „dass die beiden Länder mehr Dinge gemeinsam haben als Differenzen“.

In einem am Mittwoch veröffentlichten Beitrag für die F.A.Z. hatte Scholz angekündigt, er werde in den Gesprächen mit der chinesischen Führung „Kontroversen nicht ausklammern“. Er wolle in Peking auch die „Achtung bürgerlicher und politischer Freiheitsrechte“ sowie die Rechte ethnischer Minderheiten wie der Uiguren thematisieren. Der Kanzler verwies gleichzeitig darauf, dass die Zusammenarbeit mit China schwieriger geworden sei. „Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs“ hätten in den vergangenen Jahren „zweifellos zugenommen“. Angesichts der jüngsten Entwicklungen sei „business as usual“ keine Option.

China freue sich auf einen „erfolgreichen ersten Besuch“ von Scholz in seiner Amtszeit als Kanzler, sagte Zhao zu den Kanzler-Äußerungen. Beide Länder profitierten „von der Entwicklung des anderen und pragmatischer Zusammenarbeit“. China werde sich weiter für Beziehungen zum „gegenseitigen Nutzen“ und für „Win-win-Ergebnisse“ einsetzen.

Mit Blick auf „Differenzen“ mit Deutschland und insbesondere Fragen zur Lage in der Provinz Xinjiang bleibe Peking bei seiner Linie: Das seien „innere Angelegenheiten“, sagte der Außenamtssprecher. Diese duldeten „keine Einmischung von außen“. Die chinesische Seite lehne Versuche ab, „uns unter dem Deckmantel der Erörterung von Menschenrechtsfragen zu verleumden²“. (...)

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge forderte Scholz auf, bei seinem Besuch Klartext zu sprechen. China habe sich bei Menschenrechten und Meinungsfreiheit massiv verändert und trete aggressiver in der Außenwirtschaftspolitik auf, sagte sie. „Deswegen kann der Besuch des Kanzlers kein reiner Höflichkeitsbesuch mit Wirtschaftsbegleitung sein.“

FDP-Vize Johannes Vogel bemängelte den Zeitpunkt der Reise. Er verwies darauf, dass die Bundesregierung noch keine neue China-Strategie verabschiedet habe. Die Entscheidung von Scholz, dem chinesischen Staatskonzern Cosco den Erwerb von 24,9 Prozent der Anteile an einem Containerterminal im Hamburger Hafen zu erlauben, nannte Vogel einen „Fehler“.

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen warf Scholz einen „Alleingang“ ohne Abstimmung mit Deutschlands Partnern vor. „Der Bundeskanzler hätte das Angebot des französischen Präsidenten Macron annehmen sollen, gemeinsam zu reisen“, sagte er der „Rheinischen Post“. „Das wäre ein starkes europäisches Signal gewesen.“

¹ Sich etwas verbitten = etwas nicht tolerieren

² Verleumden = diffamieren

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2023

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 3

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Klimaaktivismus - Angriffe auf Kunstwerke: Was sind die Folgen?

Deutsche Welle – 25. Oktober 2022 - Philipp Jedicke

Tomatensuppe auf einem Meisterwerk von Vincent van Gogh? Bob Geldof versteht das. Der irische Rocksänger und Live Aid-Initiator, selbst sein Leben lang Aktivist, sagte in einem Interview mit dem Sender Radio Times nach dem Tomatensuppen-Wurf zweier Klima-Aktivistinnen auf das berühmte Gemälde "Sonnenblumen" von Vincent van Gogh in London: "Die Klimaaktivistinnen haben zu 1000 Prozent Recht. Und ich unterstütze sie zu 1000 Prozent."

Das Gemälde selbst wurde bei der Attacke nämlich nicht beschädigt, lediglich sein Rahmen. Den Frauen wird deshalb Sachbeschädigung vorgeworfen. Es sei "clever" gewesen, das Bild in dem Wissen zu bewerfen, dass es mit einer Glasscheibe geschützt ist, so Geldof. Reine Zerstörung würde nichts bringen. Aber so sei die Attacke auf das Bild lediglich lästig gewesen, und "lästig ist gut". Abschließend ordnete der Sänger vergleichbare Aktionen von Klima-Protestgruppen wie folgt ein: "Sie bringen niemanden um. Der Klimawandel schon."

Ganz anders sieht die Sachlage der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). "Ich finde es nicht gut, wenn man Kulturgüter attackiert", sagte Ottmar Edenhofer. "Das widerspricht dem, was man eigentlich will: Wir wollen den Planeten bewahren. Und zur Bewahrung gehört auch die Kultur und unser kulturelles Erbe." Und er fügte hinzu: "Man sollte nicht mit solchen widersprüchlichen Aktionen unterminieren, wofür man einstehen will." Ambitionierter Klimaschutz müsse sich in demokratischen Prozessen durchsetzen und bewähren. "Wir müssen dafür kämpfen und arbeiten, das ist kein Selbstläufer."

In der National Gallery in London waren es zwei Aktivistinnen der Organisation "Just Stop Oil", die am 14. Oktober den van Gogh mit dem Doseninhalt bewarfen. Sie stellten dabei die Frage: "Was ist mehr wert, Kunst oder Leben?" Kurz darauf bewarfen ein Aktivist und eine Aktivistin der Klimaschutz-Protestgruppe "Letzte Generation" ein Gemälde des französischen Impressionisten Claude Monet im Potsdamer Museum Barberini mit Kartoffelbrei. Auch der Monet lag geschützt hinter einer Glasscheibe, der historische Rahmen des Bildes wurde jedoch stark beschädigt und muss restauriert werden.

Die Attacke löste große Empörung in der Kunstwelt aus. Der Deutsche Museumsbund (DMB) ließ mitteilen: "Wir werden von den Klimaaktivisten instrumentalisiert, um Aufmerksamkeit zu erregen - auf Kosten des Kulturguts." Der Museumsgründer und Kunstmäzen Hasso Plattner, dessen Stiftung das Museum Barberini betreibt, betonte in einem Interview mit den "Potsdamer Neuesten Nachrichten" die Gefahr, dass es in Zukunft "schwerer bis unmöglich" werde, für Ausstellungen im Museum Barberini Leihgeber¹ zu finden.

Die erste Reaktion des Museums, neben der Kontaktierung der Leihgeber der aktuellen Ausstellung, war die Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen.

¹ Der Leihgeber: jemand, der Kunstwerke besitzt und sie einem Museum für eine befristete Zeit zur Verfügung stellt.

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2023

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 4

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Annalena Baerbock : "Keine Revolution, sondern eine Selbstverständlichkeit"

1. März 2023, ZEIT ONLINE

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) wollen über das politische Engagement Deutschlands im Ausland die Rechte von Frauen konsequent stärken. "Wir rufen heute nicht eine Revolution aus, sondern wir tun eine Selbstverständlichkeit – dafür sorgen, dass wir mit unserer Politik alle Menschen erreichen", sagte Baerbock bei einer gemeinsamen Vorstellung von Konzepten für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik.

Dabei gehe es im Kern um die drei R, sagte Baerbock – um die Rechte von Frauen, um Ressourcen für Frauen und Frauenförderung sowie um die Repräsentanz von Frauen. Ihr Ministerium führte das Konzept auf 88 Seiten aus. Es formuliert zehn Leitlinien, die sowohl das Wirken des Ministeriums nach außen als auch die innere Struktur betreffen.

Feministische Außenpolitik sei jedoch "offensichtlich noch nicht überall auf der Welt – auch nicht bei uns – Realität", sagte Baerbock. Sie ziehe sich durch alle Bereiche des außenpolitischen Handelns von der humanitären Hilfe über Stabilisierungsmaßnahmen, Friedensmissionen und auch in der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik. "Klar ist dabei auch: Feminismus ist kein Zauberstab¹", sagte Baerbock. "Wir sind nicht naiv. Wir werden mit einer feministischen Außenpolitik nicht alle Probleme dieser Welt lösen können."

Im Auswärtigen Amt sollen mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Derzeit sind laut Baerbock 26 Prozent der Botschafterposten mit Frauen besetzt. "Da ist noch Luft nach oben", sagte die Ministerin. Besonders gefördert werden sollen im Auswärtigen Amt Chancengleichheit, ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld, flexibles Arbeiten und die Förderung von Vielfalt.

"Wir wollen Gesellschaften gerechter machen. Und da kann man nicht auf die Hälfte des Potenzials, nämlich auf die Frauen, verzichten, sondern sie müssen mitgedacht werden", sagte Schulze. Wenn Frauen selbst entscheiden könnten, wann sie mit wem Kinder bekommen, bedeute dies, dass junge Mädchen die Schule abschließen könnten, sagte Schulze. Sie erhielten die Chance auf einen Arbeitsplatz, um für sich selbst zu sorgen. "Rechte bedeutet aber auch, Recht auf Land zu haben. Also die meisten, die Felder bewirtschaften, sind Frauen. Wenn ihnen das Land nicht gehört, bekommen sie keine Kredite", sagte sie.

Schulzes Ministerium hatte im Januar angekündigt, bis 2025 die Hilfe Deutschlands für ärmere Staaten weitgehend umzuschichten und sie größtenteils der Gleichstellung der Geschlechter zu leisten. Durch eine feministische Entwicklungspolitik solle der Anteil der Finanzmittel, die direkt oder indirekt einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten, "substanziell von 64 Prozent auf 93 Prozent" erhöht werden.

¹ Der Zauberstab : la baguette magique

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2023

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 5

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Subventionen sind kein Allheilmittel

Ein Kommentar von Julia Löhr, Frankfurter Allgemeine Zeitung- 5. Mai 2023

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte vor einigen Tagen in einer Fragerunde mit Bürgern: „Was wir als Volkswirtschaft nicht auf Dauer durchhalten werden, ist, alles das, was an normaler wirtschaftlicher Tätigkeit stattfindet, zu subventionieren.“ Scholz begründete so seine Zurückhaltung gegenüber einem staatlich subventionierten Industriestrompreis, der nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in seiner Partei viele Fürsprecher hat.

Scholz hat recht. Eine Wirtschaft, die am Tropf¹ staatlicher Unterstützung hängt, ist nicht gesund, weder für den Staatshaushalt noch für das wirtschaftliche Wohl des Landes insgesamt. Die Frage ist nur: Warum beherzigt² seine Regierung diesen Grundsatz bislang so wenig?

Keine Frage, die vergangenen Jahre waren herausfordernd. Erst beutelte die Corona-Pandemie mit den wiederkehrenden Lockdowns die Unternehmen. Die „Bazooka“, die Scholz damals als Finanzminister gegen die Umsatzausfälle in Stellung brachte, feuerte mehr als 70 Milliarden Euro an Zuschüssen³ ab.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Anstieg der Energiepreise wurde abermals ein Hilfsprogramm aufgelegt, das in Europa seinesgleichen sucht. Rund 100 Milliarden Euro stehen für die Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom bis April 2024 bereit. Dass wegen der gesunkenen Marktpreise nur ein Teil davon gebraucht wird, ist eine erfreuliche Entwicklung. Doch die Debatte, wer und was mit dem übrigen Geld gefördert werden sollte, ist schon in vollem Gange.

Eine Fortsetzung des Strompreisdeckels für die Industrie, mehr Hilfe für Immobilieneigentümer, die auf Wärmepumpen umrüsten, mehr Fördermittel für den Aufbau einer Wärmepumpenproduktion in Deutschland: An Vorschlägen für neue Subventionen herrscht kein Mangel. Umfragen von Wirtschaftsverbänden, wonach Unternehmen ihre Investitionen verstärkt nach Nordamerika oder nach China lenken, erhöhen den Druck auf die Regierung, mehr Geld in die Hand zu nehmen. (...)

Dennoch würde es sich, ganz im Sinne der Scholz'schen Bestandsaufnahme, lohnen, das Konzept der subventionierten Wirtschaft auf den Prüfstand zu stellen. Gegen eine zeitlich befristete Krisen- oder Anschubhilfe ist wenig einzuwenden. Doch oft genug bleibt es eben nicht dabei.

Analysen von Wirtschaftsforschern zeigen, dass der Umfang der Subventionen über die Jahre deutlich gestiegen ist, auf bis zu 6 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. Ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht. Für Projekte im Sinne des Klimaschutzes, von der Wärmewende im Einfamilienhaus bis zur Umstellung der Industrieprozesse auf Wasserstoff, sind bis 2026 rund 177 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds eingeplant. Ob Batteriezellen, Mikroelektronik oder Arzneimittel – immer mehr Produktionsbereiche werden im Zuge der neuen deutschen Wirtschaftssicherheitspolitik als unterstützenswert erklärt. 17 Milliarden Euro sind allein für den Bau von Chipfabriken im Bundeshaushalt vorgesehen. Kein Wunder, dass Intel für seine geplante Fabrik in Magdeburg hoch pokert. Etwa eine Million Euro je neuem Arbeitsplatz hätte das amerikanische Unternehmen gerne.

¹ Am Tropf hängen: être sous perfusion

² Etwas (acc) beherzigen = prendre qch à coeur

³ Zuschüsse = Subventionen